

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

3.5.1930 (No. 103)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 958
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 G. Amend,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8,25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigergebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe sind unentgeltlich. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, die als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Belästigung und Kontroversverfahren fällt der Inhalt der Zeitung verpöndelt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Hagelschäden und Hagelversicherung in Baden im Jahr 1929

St.-L. Nach Zusammenstellung der bei den Bezirksämtern eingelaufenen und vom Statistischen Landesamt bearbeiteten Meldungen und Schadensberichten der Bürgermeisterämter sind im vorigen Jahr im Lande Baden an 32 Tagen über insgesamt 312 Gemeindegemarkungen Hagelwetter niedergelassen, die auf einer Gesamtfläche von 42 142 Hektar einen Schaden im ganzen von 8 512 600 M verursachten (gegen 25 Hageltage, 25 180 Hektar Gesamtfläche und 4 023 000 M Gesamtschaden im Jahre 1928). Der Hauptteil an Fläche und Schadensbetrag (73 bzw. 74 Proz.) entfällt auf den Monat Juli mit 14 Hageltagen, 30 441 Hektar geschädigter Flächen und 6 278 000 M Schadenssumme; im August wurden an 8 Tagen 5313 Hektar mit 1 140 000 M, im Juni an 7 Tagen 3521 Hektar mit 866 000 M, im Mai an 3 Tagen 2505 Hektar mit 183 000 M Schadensbetrag betroffen. Der Rest mit 5 Hageltagen, 362 Hektar Fläche und 55 000 M Hagelschaden verteilt sich auf die Monate September und Oktober.

Von 10 Amtsbezirken (Säckingen, Wolfach, Ettlingen, Raftatt, Adelsheim, Buchen, Heidelberg, Weinheim, Wertheim und Wiesloch) sind Meldungen bzw. Hagelschadensberichte nicht eingekommen. Unter den übrigen vom Hagel betroffenen 80 Bezirken steht überlingen obenan mit 1 392 500 M Hagelschaden. Es folgen: Offenburg mit 1 122 800 M, Freiburg mit 699 600 M, Lahr 643 800 M, Pfullendorf 638 000 M, Konstantz 518 800 M, Emmendingen 523 200 M, Stodach 430 500 M, Engen 396 800 M, Karlsruhe 360 800 M, Waldkirch 304 000 M, Rehl 254 800 M, Donaueschingen 200 660 M, Rehrich 165 600 M, Bühl 139 500 M, Lörzach 118 000 M, Bruchsal 114 500 M. In den restlichen 13 Bezirken blieben die Gesamtschadensbeträge jeweils unter 100 000 M.

Den schwersten Schaden brachte — auffallenderweise wie im Jahr 1929 — der 4. Juli mit 2 530 900 M. Sehr beträchtlich war auch der Schaden am 3. Juli mit 1 860 200 Reichsmark, und am 15. August mit 913 300 M.

Am Gesamtschaden (8 512 600 M) sind beteiligt: Getreide- und Hülsenfrüchte mit 50,8 Proz., Obstbäume (Holz und Obst) 15,7 Proz., Weinberge (Neben) 14,6 Proz., Hackfrüchte (Kartoffeln und Rüben) 6,9 Proz., Futterpflanzen (einschließlich Wiesen) 6,7 Proz., Handelsgewächse 3,7 Proz., Gemüse und sonstige Gartengewächse 1,6 Proz.

Im Jahr 1929 wurden in Baden von der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft, ferner von der Hagelversicherungsgesellschaft Borussia, von der Hagelversicherungsgesellschaft Ceres und von der Hagelversicherungsgesellschaft für Gärtnerereien (sämtliche in Berlin) Versicherungen im Gesamtbetrag von 61 989 186 M abgeschlossen, darunter allein von der „Norddeutschen“ 59 085 923 M. Im Laufe des vorigen Jahres wurden von den genannten vier Gesellschaften Schadenssummen im Gesamtbetrag von 2 436 058 M (von der „Norddeutschen“ allein 1 791 935 M) ausbezahlt.

Verzicht auf das Panzerschiff B

Das Ostprogramm

Infolge der abnehmenden Haltung des Zentrums und der Demokraten rechnet man laut „D.N.Z.“ in unterrichteten Kreisen damit, daß die Bauarbeiten für das Panzerschiff B aus dem Etat wieder gestrichen wird. Es wird erklärt, daß diese Angelegenheit keine Kabinettsfrage herausgehoben werden. Das Reichskabinett wird sich am Dienstag von neuem mit der Osthilfe beschäftigen. Bis dahin sollen die nötigen Vorarbeiten geleistet werden. Es ist wohl anzunehmen, daß man sich schon aus finanziellen Gründen zunächst über ein kleineres Programm einig wird, das sich auf ein Jahr erstreckt, aber die Möglichkeit zu organischer Weiterentwicklung bietet.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, die erste Bauarbeit für den Panzerkreuzer B abzulehnen. Schon die Art und Weise, wie dieser Kosten in den Etat gebracht worden ist, fordere zur stärksten Kritik heraus. Was die Osthilfe anlangt, so müsse in diesem Programm vor allem eine klare Zweckbestimmung für die zu bewilligenden Gelder vorgesehen sein. Der entscheidende politische Kampf werde bei der Festbestimmung einsehen. Die Hilfe sei nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für Gewerbe und Industrie notwendig. Die vorgesehene Umschuldung müsse ohne neue Steuern erfolgen.

Die beiden Unterkommissionen der Saar-Konferenz haben ihre Arbeiten aufgenommen.

Es bleibt beim Stahlhelmsverbot. Der Reichsminister des Innern hat, wie der „Sozialdem. Pressed.“ erfährt, der preussischen Regierung mitgeteilt, daß er auf die für den 9. Mai in Aussicht genommene Vespredung über die eventuelle Aufhebung des Stahlhelmsverbotes für Rheinland und Westfalen verzichte. Dr. Birth begründet diesen Verzicht u. a. mit einer Rede des Stahlhelmsführers Dülferstein in Magdeburg.

Mit der Beilage: 57. Antiklicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Letzte Nachrichten

Internationales Kalkstoff-Syndikat

Gen. Berlin, 3. Mai (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen der internationalen Kalkstoffproduzenten in Berlin unter Vorsitz von Geheimrat Caro und des Franzosen Gall (Société de Electrochimie), haben, der „B. Z.“ zufolge, zu einem positiven Ergebnis geführt. Die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Norwegens, Schwedens, der Schweiz, Polens und anderer Länder schlossen sich zu einem Syndikat zusammen, das eine Produktion von 250 000 Tonnen Kalkstoff umfaßt. Diese Zahl entspricht einem Anteil von 92 Proz. an der gesamten Weltproduktion. Lediglich Japan war infolge der großen Entfernung nicht vertreten. Auf deutscher Seite sind die Abmachungen für sämtliche Kalkstoffhersteller bindend.

Verhaftung des Landvolkführers Hamtens

W.B. Kiel, 3. Mai (Tel.) Der Landvolkführer Hamtens ist neuerdings verhaftet worden. Die Festnahme erfolgte, weil er nicht zum Antritt der Gefängnisstrafe, zu der er in dem Prozeß wegen der Hohenwesterlader Ereignisse verurteilt worden war, und die am 1. Mai beginnen sollte, erschien, obwohl sein Gesuch um Strafausschub abgelehnt worden war.

Der wegen der gleichen Vorgänge verurteilte Geschäftsführer des „Landvolk“, Weschke, wird seine Strafe am 6. Mai anzutreten haben, da auch sein Gesuch um Strafausschub abgelehnt worden war.

Freispruch im Falke-Prozess

W.B. Hamburg, 3. Mai (Tel.) Im Falke-Prozess wurden die Angeklagten freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Kommunistische Unruhen in Amerika

W.B. New York, 3. Mai (Tel.) Die Mütter bringen vom hiesigen Polizeipräsidenten Wahallen veröffentlichte Kopien von Briefen, aus denen sich die Beteiligung der Moskauer Komintern an der Erregung von Streik und Unruhen in den Vereinigten Staaten ergeben soll, teilweise in großer Aufmachung. In einem Leitartikel befaßt sich bisher nur „Tribune“ mit der Angelegenheit. Das Blatt wünscht angesichts der zahlreichen in letzter Zeit vorgekommenen Fälschungen von Sowjetdokumenten großer Aufklärung und meint, daß erst dann ein Urteil in dieser Sache möglich sei.

Begnadigung indochinesischer Auführer

W.B. Paris, 3. Mai (Tel.) Der Präsident der Republik hat von den 13 wegen des Aufstandsversuches in Yen-Bay (Indochina) zum Tode Verurteilten neun zu lebenslänglicher Festung begnadigt, die anderen vier werden hingerichtet werden. Dem Präsidenten liegen noch 39 weitere Todesurteile zur Entscheidung vor.

Um die Tarife der Reichsbahn

Der Reichsbahnrat hat am Freitag mit großer Mehrheit beschlossen, dem Antrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft auf Erhöhung der Stütztarife, ferner der Express- und Gepäckbeförderungsstarife zuzustimmen, dagegen die Erhöhung der Warenladungstarife abzulehnen. Die vorgeschlagene Erhöhung der Arbeiterwochenlöhne und Monatslöhne wurde abgelehnt. Im übrigen wurde eine Entschließung angenommen, die die Befreiung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft von den politischen Lasten wünscht. Die Erhöhung der Tarife soll der Reichsbahn den Betrag von 150 Millionen Reichsmark jährlich erbringen.

Der Reichsrat

Stimmte am Freitag dem Gesetz über die Ermächtigung zur Ergebung von Steuerlichen Maßnahmen zur Erleichterung und Bewilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zu. Das Gesetz ermächtigt die Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichstages und des Stenographischen Ausschusses des Reichstages, Erleichterungen der Kapitalertrags- und der Kapitalverkehrssteuer zu gewähren sowie der Grunderwerb- und Wertzuwachssteuer der Länder sowie auch andere steuerliche Erleichterungen für die Kapitalverwaltungsgesellschaften, die sogenannten Investment-Truften, vorzunehmen.

Ferner stimmte der Reichsrat dem Gesetz zur Liquidierung der Bank für deutsche Industrieobligationen zu, die allmählich abgebaut werden kann, da mit dem Inkrafttreten des Youngplans die Industrieobligationen selbst in Fortfall kommen.

Kopffsteuer für die Gemeinden. Die Deutschen Nationalen haben im Reichstag den Antrag eingebracht, den Gemeinden die Erhebung eines „Verwaltungslostenbeitrags“, also einer Kopffsteuer, zu gestatten, falls sie mehr als 100 Proz. auf die Landesrealsteuern erheben müssen. Der Verwaltungslostenbeitrag soll auf die Realsteuern angerechnet werden.

Die Pariser Äußerungen Schobers. Antiklich wird jetzt in Wien erklärt: Auf die an ihn in Paris gestellte Frage über den Anschluß hat Bundeskanzler Schober leiblich, wie schon in Berlin, erklärt: Wir sind ein Volk von zwei Staaten. Darüber hinausgehende Erklärungen hat der Bundeskanzler nicht abgegeben.

Das Genfer Sicherheitskomitee hat die Generaldebatte über den Kriegsverhütungspakt abgeschlossen.

* Zur politischen Lage

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat gestern im Reichstag die Beratung des Etats mit einer Rede eröffnet. Sie bringt an sich nichts Neues, unterstreicht aber die programmatischen Grundideen des Kabinetts Dr. Brüning noch einmal in recht wirkungsvoller Weise.

Moldenhauer geht davon aus, daß zunächst die Finanzen saniert werden müssen, und daß dann die Steuererhöhung zu folgen habe. Er rechnet fest damit, daß sich jetzt nach der Verabschiedung der Deckungsvorlagen durch den Reichstag ein neuer Fehlbetrag nicht mehr ergeben werde. Man werde im Laufe des Jahres 1930 die schwebenden Schulden in einer Höhe von rund einer Milliarde Reichsmark abdecken; der übrigbleibende Rest sei dann keineswegs mehr bedrohlich. Die künftige Steuererhöhung werde mindestens 600 Millionen Reichsmark umfassen. Einen Anfang der Steuererhöhungsbildung bildet das dem Reichstag schon in nächster Zeit zugehende Ermächtigungsgesetz für Maßnahmen, welche die Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft erleichtern soll. Diese Kapitalversorgung ist die wichtigste Frage, die wirtschaftspolitisch jetzt zu lösen ist. Der zur Zeit bestehende Kapitalmangel sei das Grundübel, an dem unsere Wirtschaft fränke. Im übrigen sollen bei der Durchführung des Programms der Steuererhöhung zuerst die vor den Ländern und Gemeinden erhobenen Realsteuern berichtigt werden. Der endgültige Finanzausgleich werde den dringend notwendigen, beweglichen Faktor im Gemeindesteuererwerb schaffen und die Finanzgebarung der Gemeinden durch Einführung einer obligatorischen Rechnungsprüfung gesünder werden lassen.

Das Osthilfeprogramm werde durchgeführt werden, ohne den Etat selbst und seine Deckung zu gefährden. Sehr wichtig sei die Ausgabenreduktion im Reich, in den Ländern und Gemeinden. Der Minister forderte auf diesem Gebiet: Festsetzung einer Höchstgrenze für die Gesamtausgaben, Verminderung der Zahl der Reichsbediensteten, Verringerung des Personalaufwandes, Einschränkung des Doppelbezugs von Gehältern solcher Personen, die Gehalts- und Pensionsempfänger zugleich sind, Angleichung der Befoldung in Reich, Ländern und Gemeinden.

Aus der Debatte ist beachtenswert die Rede des Zentrumsgesandten Erfing, der sich gegen die Ausführungen seines Vorredners, des sozialdemokratischen Abgeordneten Vogel, wandte und sie als Demagogie bezeichnete. Er wies darauf hin, daß im neuen Etat 435 Millionen Reichsmark für die Erwerbslosenfürsorge ausgeworfen seien! Das sei wahrlich der beste Beweis dafür, daß das Kabinett Brüning ein Herz für die Erwerbslosen habe. Den Panzerkreuzerbau lehnte Abgeordneter Erfing ab. Und da bekanntlich auch die Demokraten nichts davon wissen wollen, wird der diesbezügliche Reichsratsbeschluss wohl zurückgezogen werden.

Inzwischen haben die Jäger der deutschen Reichstagsfraktion unter dem Vorsitz des Grafen Westarp getagt. Die Sitzung war von sämtlichen in Betracht kommenden Abgeordneten besucht, mit Ausnahme von drei Herren, denen es aber aus rein technischen Gründen nicht möglich war, zu erscheinen. Die Gruppe der Jäger ist mit großer Entschiedenheit bei ihrem Standpunkt geblieben, hat das der ja sagenden Fraktionsmehrheit ausgesprochene Bedauern des Parteivorstandes ausdrücklich abgelehnt und sich für die Zukunft die vollkommene Freiheit ihres Handelns vorbehalten.

Mit dieser Entschließung wird Hugenberg vollends in die Defensive gedrängt. Er steht jetzt vor der Alternative, entweder von seinem Amt zurückzutreten oder die Ausschließung der Rebellten aus der Partei zu beantragen. Wie es scheint, hat Hugenberg nicht den Mut, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Man spricht von einem langen Urlaub, den er nehmen werde. Ein solcher Urlaub würde dann wohl nichts anderes bedeuten als sein Abtreten von der politischen Bühne.

Zu einer Stellungnahme wird Hugenberg gezwungen werden bei der nächsten Abstimmung im Reichstag. Wenn dort die Jäger wieder für das Kabinett Brüning stimmen — und zwar dafür stimmen entgegen dem Befehl des Parteidiktators —, dann ist der Bruch wohl nicht mehr zu vermeiden. Vielleicht erleben wir aber auch das Schauspiel, daß Herr Hugenberg und seine Gruppe bei der Abstimmung mit den Jägern Hand in Hand geht.

Die Möglichkeit dazu hat sich Herr Eugenberg durch den Parteivorstandsbeschluss vom 25. April ja offengelassen.

Auf einer demokratischen Parteitagung des Wahlkreises Berlin ist nach einem ausführlichen Referat des Parteivorstehenden Koch-Weser und einer Rede des Reichswirtschaftsministers Dietrich mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen worden, die bekundet, daß die Berliner Demokraten „zu ihrer Reichstagsfraktion das Vertrauen haben, daß sie bei allen kommenden Verhandlungen des Reichstags die demokratischen und liberalen Grundzüge zur Durchführung bringen werde“. Wie es scheint, ist also die Opposition innerhalb der demokratischen Partei nicht so groß, wie man das nach den Berichten einzelner demokratischer Blätter annehmen konnte. Diese Blätter haben in letzter Zeit geflüchtig jener Opposition Vorschub geleistet, indem sie alle Äußerungen der Kritik zusammentrugen, dagegen die Tatsache, daß von einem sehr großen Teile der Wähler die Wirtschaftspolitik der Fraktion als richtig empfunden wird, nicht genügend in Erscheinung treten ließen.

Wichtig ist die Erklärung des Parteivorstehenden Koch-Weser zu der Frage der Bildung einer großen staatsbürgerlichen Partei der Mitte. Koch-Weser hat sich von neuem zu dieser Notwendigkeit bekannt. Allerdings werde er nur dann seine Zustimmung zu der Bildung einer solchen Partei geben, wenn sie das wertvolle demokratische Gut, das die Demokratische Partei zehn Jahre hindurch durch die Stürme der Zeit getragen habe, beibehalte. Der demokratische Parteivorstand ist zum 26. Mai einberufen worden. Auf dieser Tagung wird dann wohl ein Beschluß gefaßt werden, der die Frage der Arbeitsgemeinschaft der staatsbürgerlichen Parteien der Lösung entgegenführt.

Der Petroleumbrand in Moresni

An der nun seit vielen Monaten ununterbrochen brennenden Petroleumfunde von Moresni in Rumänien trat am Freitag nach Veränderungen ein, die neuerlich zu Besorgnissen Anlaß geben. Die bisher turmhohle Flammenfäule sank plötzlich mit dumpfem Knall in sich zusammen, so daß man meinte, das Feuer sei von selber erloschen. Kurz darauf erfolgte jedoch wieder eine Explosion, die von starker Rauchentwicklung, Auswurf von Steinen und einem Aschenregen begleitet war. Seitdem hat sich der Brandherd fraterartig vergrößert. Die Flammen schlagen nicht mehr säulenartig empor, sondern sind ausgebreitet und von starken Rauchwolken umgeben. Die Explosionsgefahr für das umliegende Gebiet ist dadurch bedeutend erhöht. Die Arbeiten an dem neuen Löschstunnel sind bis zur Beendigung neuerlicher geologischer Untersuchungen unterbrochen worden.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Freitag nachmittags, bald nach 5 Uhr, von seiner Schweizer Reise zurückkehrend, glatt im Heimathafen gelandet.

Auf das Haus eines Polizeibeamten in St. Ingbert wurde ein Sprengstoffanschlag verübt, der jedoch mißglückte. Ein der syndikalistischen Organisation angehörendes Ehepaar wurde unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftet.

Auf noch nicht ermittelte Ursache entstand am Freitagabend ein Riesenfeuer in der mechanischen Werkstätte der Stadt Gäßlehorn in Südschweden. Die gesamten Anlagen, die niederbrannten, sind für 8 Millionen Kronen versichert.

Eine alte Bettlerin, die in Valencia eine Manjarbe bewohnte, war seit mehreren Tagen nicht mehr gesehen worden. Als die Polizei die Wohnung öffnete, ergab sich, daß die Bettlerin gestorben war. Gleichzeitig aber machte man die verblüffende Entdeckung, daß sie in ihrer Manjarbe Wertpapiere im Höhe von 2 Millionen Peseten, also einen Betrag von über einer Million Reichsmark versteckt hatte.

Tanzabend der Fachschule H. S. Fürstenau

In einem mit Geschick sehr abwechslungsreich aneinander gereihten Programm von 18 Nummern bezeugte auch heute wieder die Ausbildungsklasse der Fachschule von Harald Josef Fürstenau ihr gereiftes Können. Unvoreingenommene Prüfung muß sogar besonders dankbar anerkennen, daß der diesmalige Abend mitten in die Problematik neuersten Schaffens hineinführte und vorwiegend dadurch ein sehr originelles Gesicht bekam. Das gilt vor allem von seinen zwei größeren Erbauungsstücken. Da hatte zu Musikorgans „Bildern einer Ausstellung“, die an sich schon Musikdichtungen von feinen Reizen und dem Ohr leicht eingehendem Wohlklang sind, Fürstenau selbst eine tanzergüllte Handlung erfunden, die unter dem Namen „Nachtsüd“ schon formal allerlei choreographische Möglichkeiten stilistischer und chorischer Art bietet. Nicht sich auch der eigentliche Begleittext recht banal, in der Darstellung jedenfalls wirkt er fast als Drama in bewegter Plastik oder zumindest als eindringlichst nationenhaft gestaltetes Spiel. In den Solo- und Ensemblestücken zeigten sich freilich auch so fortgeschrittene Talente wie Irmgard Silberborth, Robert Mayer, Willi Frey u. a. Zu größter Rantomimik hingegen neigte die zweite Novität, ein sogenannter Kriminal-Ballettstück von J. Georgi und G. Kreuzberg, im Grunde aber eine derbe, tolle Farce in stark parodistischer Aufmachung. Kein anderes Werkchen dieses Genres hätte den Abend wohl zu so fidelem, amüsantem Ausklang bringen können. An dem reichen Beifall des Publikums gemessen möchte man daher schon eine baldige Wiederholung von „Nobes Pierre u. Co.“ (die dem heiteren Sujet flüchtig angepaßte Musik stammt von Friedrich Wieldens) unbedingt anraten.

Den übrigen Teil der Vortragsfolge bildeten „Diversiments“, reichliche Gelegenheiten also für beinahe alle Angehörigen der Tanzgruppe, sich auch noch einzeln zu betätigen. Sie lösten insgesamt ihre Aufgabe nicht nur gut und nach verbindlicher Pflichtschablone, sondern ihrer schöpferischen Individualität mehr oder minder trefflich angepaßt. Beste Leistungen erzielten vor allem Fräulein Birnmeyer und Herr Portoluzzi, der sich zugleich mit Alexander Seink auch als erfundenreicher Kostümier bewährte.

Harald Josef Fürstenau, der Leiter der Fachschule, stellte seine persönliche Eigenart erneut ins Rampenlicht mit dem Tanz „Hexe“, war aber auch sonst sehr vielseitig — und nicht zuletzt als Regisseur — betätigt. Der Abend, der unerwartet starkem Interesse begegnete, wurde musikalisch von Kapellmeister Kurt Köhler sicher und wirksam betreut und endete mit herzlichem Beifall und reichlichen Blumenpenden für alle Mitwirkende.

Der Reichsetat vor dem Reichstag

Die Etatsrede Moldenhauers

Nach den Osterferien trat am Freitag der Reichstag wieder zusammen, um mit der ersten Beratung des Etats für 1930 zu beginnen. Der Tag, an dem der Reichsfinanzminister den neuen Etat vorlegt, gilt im parlamentarischen Leben sonst als ein sog. „großer Tag“. Davon war am Freitag nichts zu spüren. Der Saal war schlecht besetzt, als Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer den Etat begründete, und während der Debatte leerte er sich noch mehr.

Auffallend groß war die Zahl der Beurlaubungen. Es war bekannt, daß der Reichstag nach der zweitägigen ersten Staatsberatung sich wiederum auf 14 Tage vertagen würde, und so haben von denjenigen Abgeordneten, die nicht im Haushaltsausschuß beschäftigt sind, viele erst gar nicht ihre verlängerten Osterferien durch den Besuch der Plenarsitzung unterbrochen. Einiges Aufsehen erregte es, daß bei der Mitteilung der Beurlaubungen auch der demokratische Abgeordnete Langen mit sechs Wochen Urlaub erwähnt wurde. Er hat sich mit dem bekannten „großen Brief“ von der demokratischen Fraktion getrennt und sein Mandat zur Verfügung gestellt. Aus seiner Beurlaubung erhob man, daß er sein Mandat bisher wenigstens noch nicht niedergelegt hat.

In seiner Etatsrede wies

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

zunächst auf die großen Schwierigkeiten hin, die aus der schlechten Finanzlage des Vorjahres für die Reichskasse entstanden seien. Durch die Verabschiedung der Deckungsvorlagen sei nun der Ausgleich erreicht. In diesem Jahre könnten die schwebenden Schulden im wesentlichen abgedeckt werden, und so könne der Etat ohne Defizit abgeschlossen. Darüber hinaus sei für 1931 eine Steuerentlastung um mindestens 600 Millionen gesichert. Dem Reichstag werde demnach als Anfang dieser Senkungspolitik das Ermächtigungsgesetz zur Erleichterung der Kapitalertrag- und Kapitalverkehrssteuer vorgelegt. Die nächsten Steuerentlastungen würden dann die drückenden Einkommen treffen. Unbegünstigt sei die Befürchtung, daß das Ostprogramm die Ausgabeseite des Etats wesentlich belasten werde. Die Regierung beabsichtige, Maßnahmen zur Ausgabenentlastung vorzuschlagen durch Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden, Verringerung des Personalaufwandes, Einschränkung des Doppelpfandes von Bezügen bei Gehalts- und Pensionsempfängern.

Die Ministerrede wurde nur selten durch Zurufe der Opposition unterbrochen; selbst die Kommunisten verhielten sich auffallend ruhig und wohlgezogen.

Als erster Redner aus dem Hause sprach der Sozialdemokrat Vogel, der auf die Einzelheiten des Etats nicht einging, sondern allgemein Kritik übte an dem politischen Kurs der neuen Regierung. Die Arbeiterpartei werde diesem Kabinett des sozialreaktionären Bürgerblocks den schärfsten Kampf ansetzen.

Nach der Fraktionsrede hätte man nun ein deutschnationaler Redner sprechen müssen. Die Deutschnationalen aber haben sich für die erste Staatsberatung bisher noch gar nicht zum Worte gemeldet.

Der Kommunist Torgler meinte in seiner Kampfrede gegen die Regierung, die Deutschnationalen wählen noch nicht, ob sie Eugenberg oder Bestler als Fraktionsvertreter betrachten könnten.

Der Zentrumsabgeordnete Erfing polemisierte stark gegen die Sozialdemokratie, deren Opposition er als Demagogie bezeichnete, fernermal noch der vorliegende Etat von dem Sozialdemokraten Hilferding ausgearbeitet sei. Mit großem Nachdruck wies er den Vorwurf zurück, daß das Kabinett Brüning sozialreaktionär sei. Für das Zentrum lehnte er jedoch den von der Regierung übernommenen Reichsauftrag ab, wonach die erste Baustufe für den Panzerkreuzer B im Betrage von 2,9 Millionen schon in diesem Etat eingestellt werden solle. Das Kabinett werde dem Reichstag ein Marinebauprogramm vorlegen müssen, das im nächsten Etat berücksichtigt werden könne.

Der Volksparteiler Dr. Cremer sprach sich dagegen für die Bewilligung der ersten Panzerkreuzeratte aus, da der Betrag von 2,9 Millionen finanziell nicht ins Gewicht falle. Dr. Cremer forderte größte Sparamkeit auf allen Gebieten, vor allem auch hinsichtlich der Finanzierung der Länder und Gemeinden. Gegen eine Pensionsföhrung äußerte er finanzrechtliche Bedenken.

Zu Beginn der heutigen Samstagsitzung sprach der deutschnationale Abg. v. Eysel: Die Regierung habe mit dem Etat eine traurige Erbschaft von der Regierung Müller-Hilferding übernommen. In die Gemeindebesteuerung müsse ein beweglicher Faktor eingefügt werden, um auch die Gemeinden zur Sparamkeit zu erziehen. Wenn seine Partei diesen überhöhten Etat nicht von vornherein ablehne, so tue sie es, weil sie zunächst das Ergebnis der Ausdehnungsberatungen abwarten und der Regierung Zeit zum Beweise ihres Sparwillens geben wolle. Wir haben — so erklärte der Redner — kürzlich den Steuerentlastungen zugestimmt, weil Ordnung des Etats auch für die Wirtschaft unerlässlich ist und jede Hilfe für den deutschen Osten somit unmöglich wäre. Das sollten sich vor allem die Kleinrentner gesagt sein lassen, die neulich auch sogar das Agrarprogramm aufs schwerste gefährdet haben.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.), wendet sich gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Fraktionsredners und erklärt, tatsächlich habe die sozialdemokratische Fraktion ohne triftigen Grund das Kabinett Müller zu Fall gebracht und die anderen Parteien vor die Wahl gestellt, entweder einer nichtsozialistischen Regierung auf parlamentarischem Wege die Ordnung unserer Finanz- u. Kassenlage zu ermöglichen oder eine Reichsaufhebung mit Anwendung des Art. 48 herbeizuführen. Manche Vorgänge während der Osterpause haben uns mit schwerer Besorgnis erfüllt. Die Rate für den Panzerkreuzer B wird demokratische Fraktion einmütig ablehnen. Weir erfüllt uns mit Besorgnis das Verhalten der Reichsregierung gegenüber Thüringen. Das Ostprogramm dürfe sich nicht nur auf die Landwirtschaft beschränken. Redner billigt die Ausführungen des Ministers über die Steuerentlastung.

Abg. Sachsenberg (Wirtschaftsp.): Der Streit um den Panzerkreuzer wäre vermieden worden, wenn der Reichswehrminister dem Reichstagsbeschluss entsprechend das verlangte allgemeine Bauprogramm vorgelegt hätte. Abgesehen vom Panzerkreuzer handelt es sich bei dem Etat um das Werk des Kabinetts Müller. Diesen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien werde kein sozialdemokratisches Sprengpulver stören. Wir verlangen die schnelle Vorlegung des Ausgabenentlastungsgesetzes und des Etats. Ein allgemeiner Beamtenabbau in der Verwaltung des Reiches und der Länder sei notwendig.

Abg. Dr. Pfeifer (Bayer. Volksp.) macht den Sozialdemokraten den Vorwurf, sie hätten bemerkt und gewollt den Sturz des Kabinetts Müller herbeizuführen.

Verabschiedung des Etats bis Ende Juni

Am heutigen Samstag soll die erste Beratung des Etats fortgesetzt und zu Ende geführt werden. Dann will sich der Reichstag bis zum 16. Mai vertagen, um dem Haushaltsausschuß Zeit zur Durchberatung des Etats zu geben.

Im Haushaltsausschuß soll, um die Ausschubarbeiten abzuführen, auf die große politische Aussprache bei den Ministergehaltungen verzichtet werden. Diese politische Aussprache soll lediglich im Plenum stattfinden. Man hofft, auf diese Weise die dritte Lesung bis spätestens Ende Juni abschließen zu können.

Das Ostprogramm soll evtl. zwischen durch erledigt werden, so daß die Sommerpause spätestens anfang Juli beginnen kann.

Badischer Teil

Eine unbegründete Warnung

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

In der „Allgemeinen Automobilzeitung“ (Nr. 16, vom 19. 4.) veröffentlicht Konrad Dr. Hermann Guhl, Präsident des badischen Automobilklubs, einen Artikel mit der Überschrift: „Meidet Baden!“ Es wird in diesem Artikel, der teilweise auch von der Tagespresse nachgedruckt wurde, behauptet, daß in Karlsruhe mit Eintreten der besseren Jahreszeit von der Polizei „trotz des verhältnismäßig gemäßigten Erlasses des Ministers Kemmle“ wieder lustig darauf losgestoppt werde. Aus der Darstellung des Herrn Dr. Guhl wird völlig zu Unrecht der Anschein erweckt, als ob in Baden, und speziell in Karlsruhe die Polizeiorane sich neuerdings mit übertriebenem Eifer der Tätigkeit des Stoppens widmeten. Das ist unrichtig und maßlos übertrieben. Die Polizeiorane handeln nach wie vor im Sinne des von Herrn Dr. Guhl erwähnten Erlasses des Innenministers, in denen ihnen gegenüber allen Kraftfahrern Pflicht und Entgegenkommen zur Pflicht gemacht ist. Wenn Herr Dr. Guhl den Inhalt des Erlasses, den er wohl in der Karlsruher Zeitung vom 24. Mai 1929 (Nr. 118) nicht übersehen hat, kennt, so müßte er sich objektivweise auch daran erinnern, daß dort als Ziel des Stoppens die Abdröselung der Gefahr von Zusammenstößen und Gefährdung der Straßenspassanten bezeichnet wurde. Damit ist gesagt, daß das Stoppen nicht nur im Interesse des übrigen Publikums, sondern auch der Kraftfahrer erfolgt. Das kommt auch deutlich in einer weiteren Anweisung an die Polizeiorane zum Ausdruck, in der gesagt ist, daß sich die Geschwindigkeitsmessungen auf Zeiten und Orte beschränken sollen, wo es Straßens- und Verkehrsverhältnisse mit sich bringen, daß raschfahrende Kraftfahrzeuge Unsicherheit und Gefährdung anderer Wegbenutzer oder Fußgänger tatsächlich verursachen können. Wie in dem Artikel des Herrn Dr. Guhl „Meidet Baden!“ weiter gemachten Ausführungen, insbesondere die Bemerkungen über die Polizeiorane und der Vergleich deren Tätigkeit mit dem Raubrittertum, verlangen entschiedene Zurückhaltung ohne jeden besonderen Grund einen, die badische Wirtschaft schädigenden Aufruf „Meidet Baden!“ zu erlassen, hätte sich Herr Dr. Guhl bemühen sollen, der Aufgabe der Polizei, für Verkehrsordnung und Verkehrssicherheit zu sorgen, wenigstens ein Mindestmaß objektiven Verständnisses entgegenzubringen. Wie notwendig es ist, daß die Polizei den Verkehr überwacht, zeigt ein Blick in die Kraftfahrzeugausschussstatistik in Baden im Jahre 1928. Danach betrug die Zahl der Unfälle beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen 5886 gegenüber 3751 im Jahre 1927 und 2409 im Jahre 1926. In 988 Fällen wurden Personen verletzt, in 2947 Fällen entstand Sachschaden und in 1961 weiteren Fällen Personenverletzung und Sachschaden. Verletzt wurden insgesamt 3549 Personen, getötet 106. Der Sachschaden betrug schätzungsweise 1 330 000 Mk. Die zunehmende Zahl der Verkehrsunfälle mit Kraftfahrzeugen verlangt dringend eine erhöhte Aufmerksamkeit der Polizeiorane für die Verkehrssicherheit. Man würde ihnen mit Recht eine Pflichtverletzung vorwerfen, wenn sie diese außer Acht ließen. Um so ungerechtfertigter ist es, hierin eine Schikane der Kraftfahrer zu erblicken, und das um so mehr, als gerade bei uns in Baden die Verkehrspolizei in einer durchaus nicht feinkörnigen, sondern absolut loyalen Weise gehandhabt wird, daß sie den Vergleich mit der in anderen deutschen Ländern in gar keiner Weise zu scheuen braucht. Daher kann auf die Anwürfe und den Ruf des Herrn Dr. Guhl „Meidet Baden!“ nur erwidert werden mit dem Ruf an alle Kraftfahrer: „Kommt nach Baden und überzeugt Euch, daß die Behauptungen des Herrn Dr. Guhl die stärkste Übertreibung darstellen und völlig unberechtigt sind!“

Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Mai 1930

St. L. A. Die Witterung war im Monat April im allgemeinen recht günstig, so daß die Feldarbeiten nahezu restlos zu Ende gebracht werden konnten. Die Winterfröhen sowie die Kleeäcker und die Wiesen stehen mit Ausnahmen bis jetzt vielversprechend. Die befürchtete Zunahme der Mäuseplage wurde durch die andauernden starken Niederschläge und durch Regen von Giftweizen zurückgehalten, so daß eine größere Schädigung nicht mehr zu erwarten ist. Mehrfach wird über Verunkrautung (durch Distel, Widen, Adersenf usw.) geklagt, insbesondere im nördlichen Landesteil.

Umpflügungen von Herbstfröhen und Kleebeständen infolge Auswinterung und Mäusefraß wurden nur in einigen Bezirken des nördlichen Landesteils erforderlich. Beim Winterweizen bezieht sich die umgepflügte Fläche auf 1,8 Proz. des gesamten Weizenanbaues, beim Winterpelz auf 3,4 Proz. des gesamten Spelzanbaues. Winterroggen und Wintergerste wurden nur in unbedeutendem Umfang umgepflügt. Bei den Kleeäckern bezieht sich die umgepflügte Fläche auf 3,5 Proz. der gesamten Kleefläche.

Die 35. Hauptversammlung der Deutschen Bauingenieurgesellschaft findet vom 28. Mai bis 1. Juni 1930 in Heidelberg statt. Die Bauingenieurgesellschaft für angewandte Chemie ist die führende deutsche Gesellschaft auf dem Gebiete der physikalischen Chemie.

Badischer Grundbesitzer-Verband

Der Badische Grundbesitzer-Verband hielt heute, Samstag, im Hotel Germania in Karlsruhe seine ordentliche Hauptversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war.

Der Vorsitzende, Dr. Graf Douglas, begrüßte einleitend die Vertreter der Regierung, nämlich Ministerialrat Jung und Oberregierungsrat Dr. Keller vom Ministerium des Innern sowie Oberfinanzrat Dr. Martin vom Finanzministerium, außerdem den Vertreter des Landesfinanzamtes, Direktor Dr. Müller. Er hieß auch die Mitglieder herzlich willkommen, darunter den Markgrafen Verthold von Baden, ferner vor allem die große Reihe von Vertretern der benachbarten Verbände, von landwirtschaftlichen Organisationen und anderen Berufsvereinen. Präsident Dr. Graf Douglas wies darauf hin, daß die Agrarnot heute zu einer Reichskatastrophe geworden sei. Daran werde man erkennen, wie stark die zu ergreifenden Hilfsmassnahmen sein müssen. — Dann gedachte der Präsident der Toten des vergangenen Jahres, insbesondere des Prinzen Max und der Königin von Schweden. Die Versammlung erhob sich zum ehrenden Gedenken von den Plätzen.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Freiherr Rüdiger von Gollenberg, erläuterte den Tätigkeitsbericht. Der badische Verband repräsentiert zwischen 60 000 bis 70 000 Hektar mit vielen kleinen Mitgliedern. In Baden gäbe es keine Trennungsmomente zwischen Groß- und Kleinbesitz. Zu begrüßen sei die Einigung im badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und die wachsende Einsicht in Konjunkturereignissen bezüglich des Zusammenhangs deutscher Wirtschaft mit übersteigter Einfuhr. Der Redner vertrat sich sodann über das neue Pachtrecht, welches zur Zeit im Reichswirtschaftsrat beraten wird. Er warnte vor einer einseitigen Gestaltung des neuen Gesetzes, verwies weiterhin auf die Benachteiligung der badischen Holzwirtschaft durch die russische Holzeinfuhr, um schließlich die Bedenken hervorzuheben, die gegen eine sogenannte landwirtschaftliche Flächensteuer bestehen. Bezüglich der Innenfinanzierung erinnerte er daran, daß heute mehr Land mobil sei, als von der Einnahme aufgenommen werden könne. Der Referent betonte zum Schluß die Notwendigkeit der Erhaltung landwirtschaftlichen Grundbesitzes, welcher Aufgaben innerhalb der gesamten Volkswirtschaft zu erfüllen habe.

In der Aussprache schilderte Dr. Graf Douglas die Art der Behandlung des neuen Pachtrechts im Schoße der Pachtrechtskommission des deutschen Landwirtschaftsrats, deren Vorsitzender er ist. Er stellte eine gründliche Beratung der Materie im Reichswirtschaftsrat in Aussicht. Die Forderung des Verbandes, daß der Eigentumsbegriff unter allen Umständen gewahrt und auch der Grundbesitz der Vertragsfreiheit in das neue Gesetz hineingebracht werden müsse, wurde von der Versammlung lebhaft unterstützt.

Dann sprach Präsident von Miquel über die Aufgaben und Ziele des Reichsgrundbesitzerverbandes. Seine reichspolitischen Betrachtungen gipfelten in einer Unterstützung der gegenwärtigen Reichsregierung.

Nach Erledigung der Regularien und der Wahl des Markgrafen Verthold zum Vorstandsmitglied, hörte man noch einen interessanten Vortrag von Professor Dr. Reintmann (Heidelberg) über „Die Vererbung des badischen landwirtschaftlichen Besitzes nach dem Kriege“. Damit war die Tagung nach über dreistündiger Dauer beendet.

Der Bürgerausschuß Freiburg verbat den Voranschlag. Der Bürgerausschuß der Stadt begann Mittwoch vormittag mit der Beratung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1930. Aus der Etatsrede des Oberbürgermeisters Dr. Benber sei wiederzugeben, daß auch die Stadt Freiburg unter den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen schwer zu leiden habe. Doch seien die Finanzen der Stadt Freiburg gesund und in Ordnung. Das Meidvermögen der Stadt beträgt rund 52 Millionen Reichsmark. Von schwebenden Schulden sei die Stadt frei. Die Höhe der Einlagen auf der städtischen Sparkasse betrug am 30. März rund 26 Millionen Reichsmark gegenüber 24 000 RM bei der Aufstellung der Goldmarkbilanz im November 1923. Das Stadttheater bereite noch schwere Sorgen, aber eine Schließung komme nicht in Frage. Die Reichsregierung habe zugesagt, daß in Verlaufe ein Umschlaghafen in möglicherweise Ermöglichung gezogen werde. In der Nachmittagsitzung wurde die Generaldebatte zu Ende geführt. Die Redner fast aller Parteien stellten sich einmütig hinter den Oberbürgermeister. Sozialdemokratie und Wirtschaftspartei behielten sich ihre Stellungnahme zum Voranschlag noch vor; diese wünscht eine andere Regelung der Theaterfrage, jene eine solche der Kanal- und Müllabfuhrgebühren. Gegen 7 Uhr wurden die Beratungen mit Rücksicht auf den 1. Mai auf Freitag vertagt. Der Bürgerausschuß fehte am Freitag die Beratungen fort. Die meisten Positionen wurden genehmigt, eine Anzahl Anträge der Fraktionen vom Stadtrat abgelehnt.

Der städtische Voranschlag in Rastatt weist eine Erhöhung des ungedeckten Aufwandes von bisher 468 702 RM auf 490 700 RM auf. Da sich der Zuschuß an dem Krankenhaus um über 100 000 RM erhöht hat, müssen die Verpflegungssätze gesteigert werden. Die bisherige Umlage wird nicht erhöht.

Aus der Landeshauptstadt

Erstes diesjähriges Stadtgartensfest. Aus Anlaß des dritten Gesangswettstreits des deutschen Lokomotivpersonals, der vom 3. bis 5. Mai hier stattfindet, wird von der Stadt am Montag, dem 5. Mai d. J., abends, im Stadtgarten ein Konzert mit Gartensfest veranstaltet, wobei die Ufer des Stadtgartensees bengalisch beleuchtet werden.

Reichsfeuerfuhwache. Aus Anlaß der am morgigen Sonntag endenden Reichsfeuerfuhwache wird die Feuerwehr um 11 Uhr mit ihren Fahrzeugen eine Rundfahrt durch die Stadt veranstalten. Vormittags 11 bis 12 Uhr und Montag, dem 5. Mai, abends 18.30 bis 20 Uhr, spielt die Feiw. Feuerwehrtapelle unter Leitung ihres Dirigenten Fregang vor der Hauptfeuerwache, Ritterstraße.

Noch einmal der Einbruch in die Karlsruher Justizkasse. Der schwere Einbruchdiebstahl, der in der Nacht vom 29. zum 30. Dezember 1927 in die hiesige Justizhauptkasse verübt worden war, und bei dem den Tätern, wie erinnerlich, zirka 10 000 RM in die Hände fielen, bildete den Gegenstand der Sitzung der Ersten Strafkammer unter Vorsitz von Landgerichtspräsident Dr. Rudmann. Wegen Beteiligung an diesem Verbrechen, war der „Geschäftsmann“ Albalbert Gdanik aus Gromowo, der bereits wegen verschiedener schwerer Einbrüche langjährige Zuchthausstrafen abgeleistet hat, am 12. Februar d. J. zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt. Die Beweisaufnahme ergab jedoch restlos die Schuld Gdaniks, weshalb die Berufung sofortlich verworfen wurde.

Vom Landestheater. Oberregisseur S. E. Mäusenbecker verläßt das Bad Landestheater mit Ablauf der Spielzeit und wird einer Berufung ins Ausland Folge leisten. Er tritt in die Leitung der Finnischen Nationaloper in Gelsingfors.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 14 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes bringt eine ministerielle Verordnung betr. den Vollzug des Schulgesetzes.

D. Mannheim, 3. Mai. Die wegen zahlreicher Warenhausdiebstähle in Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Karlsruhe und Stuttgart mehrfach vorbestrafte 52 Jahre alte Elisabeth Stohner von Godenheim hatte sich vor dem Mannheimer Schöffengericht zu verantworten. Nicht weniger als 28 solcher Ladendiebstähle wurden ihr zur Last gelegt. Mitangellagt war die Ehefrau Seiler, die der Frau Stohner als Gehilfin zur Seite stand, desgleichen deren Ehemann. Das Gericht verurteilte die Stohner zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren 6 Monaten, die Ehefrau Seiler zu 8 und den Ehemann zu 6 Monaten.

H. Offenburg, 3. Mai. Der Direktor der städtischen Werke, Dipl.-Ing. E. Schilling, ist Samstag früh an den Folgen einer Mittelohrentzündung gestorben. Er war am 29. Februar 1880 in Pfullendorf als Sohn eines Hauptlehrers geboren und in Karlsruhe tätig. Am 17. Februar 1918 kam er nach Offenburg als Direktor der städtischen Werke. Er hat hier den Umbau des Gas- und Wasserwerkes vorgenommen, sowie die Neuorganisation der Elektrizitätswirtschaft. Außerdem ist die Ferngasversorgung Offenburg—Oberkirch—Achern sein Werk.

D. Neustadt a. d. S., 3. Mai. Die Inhaber der insolventen Wein- und Branntweinhandlung Max Weil in Neustadt a. d. S., Hugo und Berthold Weil, wurden Freitag abend auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Frankenthal durch die hiesige Kriminalpolizei verhaftet und ins Landgerichtsgefängnis Frankenthal eingeliefert.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. Mai		2. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.38	168.72	168.88	168.72
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.20	112.00	112.22
Italien . . . 100 L.	21.935	21.975	21.92	21.96
London . . . 1 Pf.	20.352	20.382	20.34	20.38
New York . . . 1 D.	4.184	4.192	4.184	4.192
Paris . . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.415	16.455
Schweiz . . . 100 Fr.	61.115	61.275	61.115	61.375
Wien 100 Schilling	59.025	59.145	59.005	59.125
Prag . . . 100 Kr.	12.399	12.419	12.393	12.419

Schweizerischer Diskont weiter 3 Proz. Das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank beschloß, nach Kenntnisnahme der ausländischen Diskontkennungen, den schweizerischen Diskont in der Höhe von 3 Proz. beizubehalten. — Die Dänische Nationalbank setzte ihren Diskontsatz von 4% auf 4 Proz. herab.

Berein deutscher Eisfabriken, Mannheim. Die Generalversammlung setzte die Dividende wieder auf 5 Proz. fest (Aktienkapital 6,80 Mill.). Das Geschäft in Ostfriesland, wie auf Anfrage erklärt wurde, eine baldige Besserung erwarten. Zu dem Tausch der Fabrikanlage Hamburg-Rothensbüttel mit dem hamburgischen Staat wurde mitgeteilt, daß das Baugelände an die Evangelische Baugesellschaft in Hamburg verkauft wurde; es sei ein den Buchwert bedeckender Erlös erzielt worden.

Heidelberg Zement. Die Portlandzementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart AG., Heidelberg, teilt mit, daß im Geschäftsjahr 1929 der Absatz zurückgegangen sei. Der kalte Winter, die allgemeine Geldknappheit, die Zunahme der Aufseherfabriken und der Rückgang der beherrschenden Baubehörden hätten den Absatz beeinträchtigt. Mehrere Fabriken hätten daher im Laufe des Jahres stillgelegt. Auch die Ausfuhr sei zurückgegangen. Der Bruttogewinn stieg dagegen auf 9,50 (8,80) Mill. Reichsmark, während der Reingewinn nach erhöhten Abschreibungen auf 2,68 (3,04) zurückging. Daraus soll, wie mitgeteilt, wieder eine Dividende von 10 Proz. auf 2,63 Mill. Reichsmark dividendenberechtigten von insgesamt 24,9 Mill. Stammaktien und von 5 Proz. auf die 100 000 Mill. Vorzugsaktien verteilt werden.

Zellstoff-Waldhof 12 Proz. Der Aufsichtsratsitzung der Zellstofffabrik Waldhof in Mannheim-Waldhof lag die Bilanznebst Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 1929 vor. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen, aus einem Gewinn von 8 583 391 (8 283 637) RM nach Abschreibungen von 3 566 026 (3 543 052) RM eine Dividende von 12 Proz. (i. R. 13% Proz.) auf 34 350 000 (i. R. 30 150 000) RM Stammaktien auszuschütten mit 4 122 000 (4 020 000) RM (Generalversammlung am 30. Mai).

Fernsprechtellnehmerverzeichnis und unzulässige Firmenbezeichnungen. Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat, wie uns die Handelskammer Karlsruhe teilt, die Verkehrsämter ihres Bezirks angewiesen, die Handelskammern in ihren Bemühungen auf Bekämpfung hochmöglicher und unzulässiger Firmenbezeichnungen zu unterstützen. Zu diesem Zwecke sollen die Verkehrsämter mit den Handelskammern ins Benehmen treten, wenn Firmenbezeichnungen in das amtliche Fernsprechtellnehmerverzeichnis eingetragen werden sollen, bei denen Zweifel über ihre Zulässigkeit bestehen.

Waagen aller Art

liefert:

FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik

Stuttgart-Cannstatt 3

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Im hohen Norden Europas ist ein neuer Polarlufteinbruch erfolgt, der einer vor Island angelangten atlantischen Zyklone den Abzug nach Nordosten verleiht hat. Gleichzeitig hat das Azorenhoch einen Ausläufer nach Osten abgestoßen, der jetzt über der Biscaya angelangt ist. Bei der hierdurch geschaffenen Druckverteilung mit dem Schwerpunkt hohen Druckes über Westeuropa wird sich bei uns Luftzufuhr aus Westen einstellen und zeitweise leichte Bewölkung auftreten. Auch wird die Wölbung drilicher Gewitter bei der allgemeinen noch flachen Luftdruckverteilung begünstigt werden. Wetterausichten: Zeitweise heiter und meist trocken, leichte westliche Winde, Temperaturen wenig verändert, örtliche Gewitter.

Wieder 12 Proz. Dividende der J. G. Farben. Die J. G. Farbenindustrie schlägt der G. B. am 4. Juni eine Dividende von wieder 12 Proz. vor. Der Reingewinn beträgt 104,60 (118,45) Millionen Reichsmark nach Abschreibungen von 70,10 (71,78) Millionen Reichsmark. Dem Pensions- und Unterhaltungsconto sollen 5 Millionen Reichsmark zugewiesen werden. Zum Vortrag auf neue Rechnung sollen 5,94 Millionen Reichsmark einschl. des Vortrages aus dem Vorjahre von 5,46 Millionen Reichsmark gelangen. Ferner wird der auf Grund des Freigabegesetzes deutschen Eigentums in Amerika steuerfrei vereinnahmte Betrag von 21,06 Millionen Reichsmark der G. B. zu einer einmaligen tantiemefreien Ausschüttung von 2 Proz. zur Verfügung gestellt. Das Geschäftsjahr 1929 hat bisher eine im Ganzen befriedigende Entwicklung genommen.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 5. bis 12. Mai 1930

Im Landestheater:
Montag, 5. Mai. * A 23. Th.-Gem. 1101—1200. Don Carlos. Trauerspiel von Schiller. 19% bis 23 (6 M).
Dienstag, 6. Mai. * G 23. Th.-Gem. I. S.-Gr. und 1201 bis 1300. Ingeborg. Komödie von Gög. 20 bis gegen 22½ (6 M).
Mittwoch, 7. Mai. Volkshühne. 1. Maiorstellung: Lohengrin. Von Wagner. 19 bis gegen 22% (7 M).
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Donnerstag, 8. Mai. * D 23 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 1301—1400. Angelina. Oper von Rossini. 20 bis 22 (7 M).
Freitag, 9. Mai. * F 23 (Freitagmiete) Th.-Gem. 1—100 und 1501—1550. Don Carlos. Trauerspiel von Schiller. 19% bis 23 (5 M).
Samstag, 10. Mai. * C 23 Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte. Zum ersten Male: Marius. Komödie von Ragnol. 20 bis geg. 22% (6 M).
Sonntag, 11. Mai. * B 23. Die Jüdin. Große Oper von Halévy. 19% bis geg. 22% (8 M).
Montag, 12. Mai. * E 23. Th.-Gem. 301—400 und 1401 bis 1500. Don Carlos. Trauerspiel von Schiller. 19% bis 23 (5 M).

Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 4. Mai. Keine Vorstellung.
Sonntag, 11. Mai. Keine Vorstellung.
In der Städt. Festhalle:
Montag, 12. Mai. X. Sinfoniekonzert. Solisten: Mary Gjelsgroth, Magda Strad, Wilhelm Rentwig, Franz Schuster. 20 bis 22 (6 M).
Auswärtige Gastspiele:
Dienstag, 6. Mai. In Baden-Baden: Der Zigeunerbaron.
Samstag, 10. Mai. In Pirmasens: Rigoletto.

Umtausch für Inhaber von Wochenheften Samstag nachmittags 15½ bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.
Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Telefon 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Frey Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Telefon 888; und Kunststiftung des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Telefon 1420; Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Telefon 4361, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Telefon 508.

Staatsanzeiger

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 30. April 1930 im Lande Baden verzeichnet mit:

- Raul- und Klauenende:**
- | | |
|--------------|--|
| Amisbezirke: | Gemeinden: |
| Bühl | Balzhofen, Gamsfurt, Großweier, Stappelwinde, Moos, Oberwasser, Schwarzach, Unzshurst, Zell, Neuenburg, Königsbach |
| Müllheim | |
| Forzheim | |
- Schweineende und Schweinepest:**
- | | |
|--------------|---|
| Amisbezirke: | Gemeinden: |
| Emmendingen | Bahlingen, Endingen |
| Heidelberg | Heidelberg-Bieblingen |
| Karlsruhe | Karlsruhe-Beiertheim |
| Lahr | Weihenheim |
| Mannheim | Mannheim-Heudenheim, Mannheim-Sandhofen, Ebingen, Schwepingen |
| Mosbach | Neunkirchen |
| Müllheim | Badenweiler |
| Offenburg | Oberhardmersbach |
| Forzheim | Eutingen |
| Sinsheim | Eppingen, Gemmingen, Hofbach, Schluchtern |
| Badshut | Dogern, Indleofen, Tiengen |
| Wolfach | Schapbach |
- Räude der Einbufer:**
- | | |
|--------------|-------------|
| Amisbezirke: | Gemeinden: |
| Ettlingen | Ettlingen |
| Karlsruhe | Staffort |
| Rehl | Rehl |
| Lahr | Schmieheim |
| Wolfach | Mühlensbach |

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten der planmäßigen Beamten des Reichsministeriums der Finanzen Wasser- und Straßenbaudirektion

Ernannt:
Zum Verrechnungsfeldleiter der Verrechnungsgelände Karl Effer in Wertheim.

Planmäßig angestellt:
Die Straßenwärter Josef Reith in Heidersbach, Josef Nöhle in Bollertshausen und Josef Schifferle in Gündelwangen.

In den Ruhestand versetzt auf Ansuchen wegen leibender Gesundheit:
Der Straßenwärter Josef Dufenes in Lutzingen.

In den Ruhestand versetzt kraft Gesetzes nach Erreichung der Altersgrenze:
Baubereitsinspektor Karl Galt bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, die Straßenwärter Eduard Schifferlecker in Lindach und Karl Söh in Graben.

Gestorben:
Straßenwärter a. D. Johannes Ziegler in Gernsbach.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Zeitraum und Gemeindegrößenklassen	A. Zugang											B. Abgang						
	Gebäude					Wohnungen						Gebäude		Wohnungen				
	überhaupt	davon Wohngebäude				überhaupt	davon					überhaupt	davon Wohngebäude	überhaupt	davon durch Umbau fortgefallen			
		Zahl	Öffentliche Behörden u. Behörden	Gemeinnützige Baugesellschaften	Sonstige Bauherren		mit 1-3 Zimmern	4 und mehr Zimmern	Zahl	öffentliche Behörden u. Behörden	gemeinnützige Baugesellschaften					Sonstige Bauherren	durch Umbau entstanden	mit Baukosten beihilfen (Beihilft ab beantragt)
1. In den einzelnen Monaten																		
Juli	470	427	16	81	330	1007	709	298	925	51	282	592	71	854	31	29	32	2
August	444	424	20	49	355	1067	748	319	983	76	181	726	80	981	28	26	47	3
September	651	608	26	70	512	1589	1201	388	1445	105	229	1111	138	1448	34	32	59	15
Oktober	746	704	43	66	595	2022	1617	405	1916	160	379	1377	102	1859	54	49	70	6
November	886	844	65	225	554	1953	1361	592	1820	129	540	1151	124	1817	27	24	42	5
Dezember	513	443	20	62	361	1146	840	306	1017	53	217	747	122	993	27	20	44	17
2. Halbjahr 1929	3710	3450	190	553	2707	8784	6476	2208	8106	574	1828	5704	637	7952	201	180	294	43
2. Halbjahr 1928	3593	3362	182	504	2526	7596	5548	2049	7975	535	926	5814	452	6467	231	215	345	57
Kalenderjahr 1929	*5345	4894	345	726	3823	*12357	*9080	3327	*11352	931	*2420	8001	935	*11023	346	309	496	77
Kalenderjahr 1928	5108	5092	214	600	4873	15397	9919	3573	12556	892	1825	9889	769	11783	388	365	567	191
2. In den Gemeindegrößenklassen																		
Gemeinden bis 2000 Einwohner	1021	999	24	9	966	1775	1257	518	1506	44	18	1444	263	1415	126	125	162	12
Gemeinden von 2000 bis 5000 Einwohner	953	931	21	46	864	1894	1587	337	1733	47	163	1628	157	1744	30	28	44	5
Gemeinden von 5000 bis 10000 Einwohner	336	314	40	41	233	780	602	178	717	147	108	462	61	737	6	6	9	2
Gemeinden von 10000 bis 20000 Einwohner	230	226	39	27	160	760	588	222	730	173	143	414	30	665	6	4	15	10
Gemeinden von 20000 bis 50000 Einwohner	83	83	2	30	51	243	163	80	234	8	79	147	9	237	4	3	4	—
Gemeinden von 50000 bis 100000 Einwohner	269	238	12	59	167	869	500	369	819	49	186	584	41	790	7	4	23	2
Gemeinden mit 100000 u. mehr Einwohnern	818	659	52	341	266	2468	1889	604	2367	106	1131	1130	76	2364	22	10	37	17

*) Berücksichtigte Zahl.

Städt. Ausstellungshalle Karlsruhe Jahrmarkt für Jung und Alt

Samstag, den 3. Mai:
Nachmittags: Konzert und Kinderbelustigungen. Abends:

Boxkämpfe

Polizeisportverein Stuttgart — F. C. Phönix (Boxabtl.)
Tanz Ende 2 Uhr 343

Sonntag, den 4. Mai:
Nachmittags: Tanz und Kinderbelustigungen. Abends:

Modenschau in Bade- und Strandkleidung. Tanz Ende 2 Uhr

Bogenausgabe

Für die Altbesitzerstücke der

4 1/2 % igen Fürstlich Fürstenbergischen Teilschuldverschreibungen von 1913
können gegen Rückgabe der Erneuerungsscheine kostenfrei

in Berlin	bei der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft, Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien,
in Frankfurt a. M.	Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft Filiale Frankfurt (Main), Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien Filiale Frankfurt (Main), Deutschen Effekten- und Wechselbank, Mitteldeutschen Kreditbank Niederlassung der Kommerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft,
in Mannheim	Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft Filiale Mannheim, Kommerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft Filiale Mannheim

Die neuen Zinsscheinbogen mit Zinsscheinen vom 1. Juli 1930 bis 1. Juli 1932 in Empfang genommen werden. Die Erneuerungsscheine sind arithmetisch geordnet mit einem doppelten Nummernverzeichnis einzuliefern.

Donauesschingen im Mai 1930.

Für den Fürsten Max Egon zu Fürstenberg
und für die Fürstliche Standesherrschaft
Fürstenberg:

Fürstlich Fürstenbergische Kammer.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Badischer Blindenverein

Einladung
Wir laden unsere Mitglieder zu der am Sonntag, dem 18. Mai 1930, vormittags 11 1/2 Uhr, in der „Mittelhalle“ in Offenburg stattfindenden Mitgliederversammlung ergebenst ein.

Öffentl. Zahlungserinnerung

Es sind zu entrichten auf 15. Mai 1930:
a) Die Einkommensteuervorauszahlungen durch die Landwirte mit einem Viertel der zuletzt festgesetzten Steuerzuschuld nebst 10 Proz. Zuschlag zur Landeskirchensteuer;
b) Die Vorauszahlungen für die Vermögenssteuer für das zweite Vierteljahr 1930 in Höhe von einem Viertel der im letzten Steuerbescheid festgesetzten Steuerzuschuld.
An die Zahlung dieser Abgabe wird erinnert. Nicht rechtzeitig bezahlte Abgaben werden im Kostenverfahren eingezogen oder beigetrieben.
Unbare Zahlung unter vollständiger Angabe der Steuernummer wird empfohlen. D. 448
Karlsruhe, den 3. Mai 1930.
Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Auf Grund eines eingereichten Prospektes sind
GM. 5000 000.— 8% Gold-Hypotheken-Pfandbriefe Reihe I

Badischen Kommunalen Landesbank

Öffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt, Mannheim zum Handel und zur Notiz an den Börsen zu Berlin und Frankfurt a. M. zugelassen. K. 341
Berlin im März 1930. Frankfurt a. M. im März 1930.
Deutsche Landesbankzentrale Aktiengesellschaft Nassauische Landesbank Landesbankstelle Frankfurt a. M.
Gewölbe- und Wiederlagerneuerung (rd. 28 m) im Reichsholzheimer Tunnel zwischen Reichsholzhelm und Wertheim auf der Straße Rauba-Wertheim öffentlich zu vergeben. Ausbruch etwa 760 cbm, Wiederlageraufmauerung etwa 280 cbm, neues Gewölbe 208 cbm, Abichtung 880 qm. Bedingungen und Zeichnungen beim Reichsbahnbauamt Rauba einzusehen, dort auch Abgabe der Bedingungen und Zeichnungen: 1. Leistungsverzeichnis kostenlos, 2. Fertigung 2 M., Zeichnung 1,50 M., besondere Vertragsbedin-

gungen 1,50 M. Führungen durch die Baustelle am 5. und 9. Mai, beginnend 9 Uhr, bei der „Teilsbacher Mühle“. Angebote mit Aufschrift: „Angebot auf Gewölbe- u. Wiederlagerneuerungen im Reichsholzheimer Tunnel“, verschlossen, postfrei, bis zur Eröffnung am Donnerstag, 15. Mai 1930, 11 Uhr, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 4. Juni. D. 428
Rauba, 22. 4. 1930.
Reichsbahnbauamt.

Abends:
*C 22. Th.-Gem. 3 E. G. u. 2. Hälfte
Neu einstudiert:
Der fidele Bauer
Operette von Fall
Dirigent: Reilberth
Regie: Ammermann
Mitwirkende:
Blant, Genter, Seiberlich, Arras, Kallab, Köhler, Kurt, Müller, Sauer, Kubach, J. Gröbinger, Rahn, Bach, Kiefer, Kloeble, Kauf, Kötter, Böser, Krentwig, Pfeiler, Arras, Kallan, Meyer, Regel, Ribinius

D. 450. Karlsruhe. Das Konturverfahren über das Vermögen des Wob. Kraftfahrungs- und Kreditvereins e. G. m. b. H. in Karlsruhe, Amtsgericht 85, wurde mangels Masse eingestellt.
Karlsruhe, 20. 4. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. I.

Inserieren bringt Gewinn!

Montag, 5. Mai
*G 24. Th.-Gem. 1101—1200

Don Carlos
Trauerspiel von Schiller
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Bertram, Frauenborfer, Genter, Schreiner, Janz, Kallab, Seiling, Baumbach, Brand, Semmede, Graf, Herz, Hiel, Köcker, Just, O. Kienhöfer, Kloeble, Pfeiler, v. d. Trend, Luthke

Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2
Preise A (0,70—5,00 RM)

Dienstag, 6. Mai
Minna von Barnhelm

Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2
Preise A (0,70—5,00 RM)

Leipziger Lebensversicherung

1830-1930



Vertretung:

Ludwig Gomburger, Karlsruhe
Rivier 20. Telefon 1336

Die Gesellschaft, die nur Lebens- und Unfallversicherungen in höchster Vollkommenheit bietet